

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Leipzig,
Raben & Comp., Nr. 20610.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Hauptredaktion:
Gebr. Kuntze, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren monatlich 2,75 M., durch
den Postbezogen vierteljährlich 8,25 M., unter Kreuzband für Deutschland
und Österreich-Ungarn 12,00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25201.
Sprechstunden nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25201.
Geschäftsbüro von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die 5 spaltenweise Nonpareilzeile 1,50 M., Familienanzeigen
1,00 M., die 5 spaltenweise Nonpareilzeile 1,80 M., einschließlich Zuerstverkauft. Bei
mehreren Tagen Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Ohne Ver-
pflichtung zur Aufnahme an vorgeliebten Tagen. Für Briefwechselgebühren 20 Pf.

Nr. 18

Dresden, Freitag den 23. Januar 1920

31. Jahrg.

Die Auslieferungsfrage

Mit Recht hat die deutsche Presse bisher die Frage der Auslieferung Wilhelms II. durch Holland mit großer Zurückhaltung behandelt. Ein Versuch, auf Holland irrenden Druck auszuüben, müßte zu sehr unglücklichen Resultaten führen, da der Druck, den die Entente anzuwenden imstande ist, heute viel stärker ist als der Druck Deutschlands. Es kann der Sache nur dienen, wenn die Auslieferungsfrage und die Frage der Auslieferungen überhaupt, soweit es irgend angeht, in eine Atmosphäre ruhiger Sachlichkeit gestellt werden.

Wilhelm II. genießt in Deutschland sehr wenig Sympathien, und diejenigen, die etwas anderes behaupten, lägen damit nur sich und andern etwas vor. Es gibt unter denen, die das persönliche Regiment dieses rechtungslos entarteten Diktators bekämpften, sicherlich nur wenige, die Schandenrede über sein persönliches Schicksal empfinden und ihm weiteres Unglück wünschen. Auf der andern Seite gibt es aber unter denen, die Wilhelm II. einst in seinem Glanze umhüllten, nur sehr wenige, die um das Schicksal ihres einstigen Herrn ernstlich bekümmert sind. Die ganze Frage ist nicht eine persönliche, sondern eine politische, und als solche stellt sie sich so, daß die Entente mit ihren Prozeßabsichten dem deutschen Monarchismus die Geschäfte beizugehen und der deutschen Republik schweren Schaden antut. Die Krone, die Wilhelm II. in lächerlicher Ueberhebung trug, ist in den Staub zerfallen, nie wieder wird er sie aufheben können. Eine Wärrerkrone, die man auf dieses wirre Haupt drücken wollte, würde fester sitzen und ihrem Träger ein Ansehen verleihen, das er nach dem Werte seiner Persönlichkeit durchaus nicht verdient.

Es heißt, daß Holland die Auslieferung verweigern wird, weil irgendein Rechtsgrund, das Völkerrecht des kaiserlichen Willkürherrschafters aufzuheben, nicht besteht. In der Entente-resse wird weiter behauptet, daß man in diesem Fall an Deutschland die Aufforderung richten werde, die Auslieferung Wilhelms von Holland zu verlangen und so dann den Ausgelieferten der Entente zur Beurteilung zu übergeben.

Ob die Entente zu einem solchen Vorgehen berechtigt ist, ist im höchsten Grade fraglich. Die Strafbestimmungen des Friedensvertrages behandeln in einem Artikel die Auslieferung Wilhelms durch Holland, in einem andern Artikel die Auslieferung der übrigen Personen, die sich gegen die Kriegsgesetze vergriffen haben sollen, durch Deutschland. Deutschland ist verpflichtet, ohne Prüfung der Unterlagen, alle Personen auszuliefern, die verlangt werden, aber dadurch, daß Wilhelm II. in einem besonderen Artikel behandelt wird, ist augenscheinlich gesagt, daß er zu den Personen, die durch Deutschland auszuliefern sind, nicht gehört. Der Fall, daß Holland nicht ausliefern könnte, wurde offenbar nicht vorgesehen.

Würde die Entente mittels einer sehr gewagten Auslegung des Friedensvertrages von Deutschland auch die Auslieferung Wilhelms verlangen, so würden die Schwierigkeiten der deutschen Regierung dadurch nicht verringert werden. Außerdem aber würde Holland inkonsequent handeln, wenn es nach Ablehnung eines von der Entente bestellten Auslieferungsbegehrens dem deutschen Auslieferungsbegehren nachkäme. Denn es wäre in solchem Falle von vornherein klar, daß die deutsche Regierung nur die Sprechmaschine der Entente wäre. In dem Grundgesetz des Völkerrechts könnte ein solcher Willkürwechsel nichts ändern. Würde heute ein jacobinisch gekennntes Deutschland, sozusagen für eigene Rechnung, die Auslieferung Wilhelms II. verlangen, um ihm den Prozeß zu machen, so würde Holland wie jeder andre Staat das Auslieferungsbegehren ablehnen. Wer hätte etwas den Jaren angekündigt, wenn es ihm gelungen wäre, sich noch rechtzeitig auf fremdes Gebiet zu retten?

Die Ablehnung des Auslieferungsbegehrens durch Holland könnte umgekehrt möglicherweise einen Umschwung in der ganzen Auslieferungsfrage herbeiführen. Die Opposition gegen die Auslieferung ist auf Seiten der Entente stark und im Wachsen. Es ist kein Geheimnis, daß die meisten der alliierten Staaten in dieser Frage eine Zurückhaltung beobachten, die ihrer Abneigung gegen das geplante Verfahren entspricht. Würde diese ganze Frage der Bundesversammlung des Völkerbundes unterbreitet werden, der ja demnächst in funktionierender Legation soll, so würde bei freier und unbefangener Abstimmung wahrscheinlich die erdrückende Mehrheit gegen die Auslieferung stimmen. Aber auch in Frankreich und England, die die eigentlichen Träger dieses unglücklichen Begehrens sind, ist ein starker Zweifel an der Zweckmäßigkeit des beabsichtigten Vorgehens vorhanden. Würde nun durch die Ablehnung Hollands, den früheren Kaiser auszuliefern, die Frage gegen diesen unmöglich gemacht, so wäre das große Druck- und Schandstück aus dem geplanten Verfahren herausgerissen, und seinen noch unbefangenen Anhängern

könnte es dadurch leichter werden, auch auf den Rest zu verzichten.

Kommt es aber heute anders — und dafür spricht heute noch immer die viel größere Wahrscheinlichkeit — so muß die deutsche Regierung auch diesen Punkt des Friedensvertrages ausführen, soweit sie dazu imstande sein wird. Eben erst ist der Friede abgeschlossen worden, dessen die ganze Welt so dringend bedarf, und darum kann man sich schwer vorstellen, daß aus der Auslieferungsfrage ein Konfliktfall gemacht werden könnte, der die Ruhe der Welt von neuem erschütterte.

Ausnahmezustand in Italien

Der Corriere della Sera meldet: Durch ein Dekret der Regierung ist über das gesamte Gebiet des Königreichs Italien der Ausnahmezustand erklärt worden. In Rom, Mailand und Neapel sind die Regierungsgebäude, Bahnhöfe, Post- und Verkehrsanstalten unter militärische Bewachung gestellt worden.

Dem Streik der italienischen Eisenbahner sind die katholischen Berufsvereine, das Streifenpersonal und die höheren Stationsbeamten und Verwaltungsbeamten ferngeblieben. Die Bewachung der Bahnhöfe wird außerordentlich streng durchgeführt. Alle ausfahrenden Züge werden militärisch begleitet. Der eingeschränkte Eisenbahnverkehr scheint sich bis jetzt ohne größere Zwischenfälle abgepielt zu haben. In den Städten patrouillieren Karabinieri und Truppen. Einige Agitatoren wurden verhaftet. Eine Versammlung von 50 sozialistischen Abgeordneten und Gewerkschaftsführern in Mailand erklärte sich mit dem Streik der Eisenbahner solidarisch.

Militärdiktatur in Spanien

Barcelona, 21. Januar. Der Gouverneur veröffentlicht einen Erlass, der die Wiederaufnahme der Arbeit ab 26. Januar fordert. Wer dem Erlass nicht Folge leistet, sieht sich scharfer Maßnahmen, insbesondere der militärischen Einberufung, ausgesetzt.

Die Entente und Rußland

Haag, 23. Januar. Die Kämpfe im Obersten Rat über Rußland sind noch nicht beendet. Man ist sich darüber klar, daß die Weltlage den Ausschluß Rußlands von der Lieferung von Getreide und Futtermitteln nicht ohne Schaden ertragen kann, man ist sich aber auch darüber klar, inwieweit der Bolschewismus militärisch in Schach gehalten werden muß.

Die schon gemeldet wurde, wird die Abwehr Rußlands von Kleinasiens von den Alliierten aktiv betrieben werden. Times melden jetzt aber auch, daß die eventuelle Gegenwirkung Bolens gegen Rußland immer noch in Paris auf der Tagesordnung steht. Der englische Generalkonsul zusammen mit Churchill und Mitti traten

Ein Vertrauensvotum für die Zentrumsfraktion

In der Sitzung des Zentrumsparlamentes vom Donnerstag sprach zuerst Professor Naumbach über die Kulturpolitik des Zentrums. Beim Eintritt in die Koalition habe sich die Partei in gewissem Sinne ins Gedränge begeben, aber man habe hoffen können, an der Seite der Demokraten und der Sozialdemokraten die Grundzüge der Kulturpolitik aufzutragen zu können. Unter allen Umständen müßten die Grundzüge über Religion, Kirche und Schule gewahrt werden. Bei der Verfassung der Verfassung habe das Zentrum keine kulturpolitischen Grundzüge erfolgreich vertreten können. Der Redner wandte sich gegen den Teil des Volkes und der Presse und gegen die Parteiführer, die erklären, daß die Partei die Schuld am Zusammenbruch beim Kriegsende gehabt habe. Diese Behauptung sei eine Verneugung, die das Staatsansehen untergrabe, nur die christliche Autorität könne das Ansehen des Landes wieder heilen.

In der Aufsprache erklärte der Zentrumsführer Spahn, daß sich die Wahlen zum Reichstag in anderer Weise verhalten würden als bei der Nationalversammlung. Vor allem würde die Identifizierung einer Verbindung von Völkern befestigt und die Wahlkreise werden verkleinert, wodurch eine engere Verbindung der Kandidaten mit ihren Wählern geschaffen werde. Durch die in Aussicht genommenen Wahlen würden alle Stimmen reiflich der Partei zugute kommen, wodurch die einzelne Stimme eine Bedeutung nachgewinne. Es muß also auch in den kleinen Wahlkreisen darauf hingewirkt werden, daß jeder Wähler sich auch an der Wahl beteiligt. Lieber die Partei der Zentrumspartei sagte Spahn, es habe sich in der Geschichte der Partei immer gezeigt, daß sie immer sie auch einmal vom rechten Wege abgewichen sei, immer wieder auf den rechten Weg zurückgefunden habe, so sei nach der Richtung der katholischen Idee orientiert. Mit der Tatsache, daß die Konfession die Partei gestützt habe, müsse man rechnen, aber trotzdem werde die Kirche sich wieder weiter vergrößern. Der Redner schloß mit einem Wunsch an die katholischen Deutschösterreicher.

Toma ergriff Reichspostminister Gieseberts das Wort und erklärte, daß

unser Kohlenverformung unbedingt im Juli dieses Jahres zum völligen Zusammen-

bruch führen werde, wenn die Förderung bis dahin nicht in einem ganz erheblichen Maße gestiegen sei. Er bitte darum alle Delegierten, wobei er sich besonders an die Arbeitervertreter wandte, unbedingt dafür zu sorgen, daß die Kohlenförderung in erheblichem Maße erhoben werde. Das Reichsabstimm sei sich darin einig, daß mit allen Mitteln beachtet werden müsse, daß etwa die Sechsstundenfrist im Herbst einmüde wird, denn das würde den günstigen Nuten unserer Wirtschaft bedeuten.

Darauf wurden mehrere Anträge einstimmig angenommen. Der wichtigste davon erklärte ausdrücklich das Einverständnis mit der Beteiligung des Zentrums an der Koalitionsregierung. Der Parteivorstand sprach nach diesem Antrage der Zentrumsfraktion volles Vertrauen aus. Ein anderer Antrag beschäftigte sich mit der Ausscheidung des Reiches, in dem der Parteivorstand an die Reichsregierung die dringende Aufforderung richtete, den inneren Ausbau des Reiches auf landsmannschaftlicher Grundlage sobald als möglich voranzutreiben, und zwar in der Weise, daß gleichberechtigte und möglichst gleichwertige Länder gebildet werden. Es folgten darauf die Verhandlungen zum Parteivorstand und Parteiauswahl.

Zum Vorsitzenden wurde Geh. Rat Trimborn gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden Reichsgerichtsrat Furlong, Leipzig. Unter den Vorschlägen befindet sich der frühere Justizminister v. Wendt, der württembergische Erziehungsmittler Graf, Justiz zu Schwaben und Freiberger v. Kerkering.

Darauf hatten die Arbeiten des Reichstages ihr Ende erreicht. Präsident Hohenzollern erklärte in seiner Schlussansprache, daß die Beschlüsse, die Partei werde ihre württembergischen Bestrebungen vertreten, sich als wunderbar erwiesen hätten. Es seien natürlich nicht alle Meinungsverschiedenheiten beseitigt, aber man habe doch vor der Tatsache, daß man es noch nie vor mit einer geschlossenen Zentrumsfraktion zu tun habe. Als wichtiges Ergebnis des Parteitagess werde hervorgehoben, daß die Koalition zur Mitarbeit in der Koalitionsregierung in der Vergangenheit, wobei selbstverständlich die Zukunft alle Wege offen gelassen seien, und das Vertrauen der Wähler zur parlamentarischen Vertretung der Partei.

Die Ratifizierung als Wahlparole

Amsterdam, 23. Januar. Wie der Nieuwe Courant aus Washington meldet, erklären einflussreiche amerikanische Senatoren, daß sie alle Hoffnungen, daß der Friedensvertrag ratifiziert werde, aufgegeben hätten. Es bestehe keine Aussicht, in diesem Punkte Uebereinstimmung zu erzielen. Man beschließt in einer Erklärung darzulegen, daß die Demokraten und die Republikaner keine Hoffnung mehr auf eine Ratifizierung des Friedensvertrages haben und ihn zur Streiffrage in den Präsidentschaftswahlen machen wollen.

Mexikanische Volksgewissen?

Annapolis, 21. Januar. Nachrichten aus Mexiko melden die Verhaftung des Generals Alvarado, des früheren Gouverneurs von Yucatan, durch Offiziere, die auf Befehl Carranzas handelten. Alvarado wird beschuldigt, auf dem Wege gewesen zu sein, sich der revolutionären Bewegung anzuschließen, die beabsichtigt, die Sowjetregierung in Yucatan einzuführen.

Thraziens Schicksal

Amsterdam, 23. Januar. Aus Washington wird gemeldet, daß der Senat eine Entscheidung angenommen habe, die Griechenland das Recht auf alle Ansprüche in Thrazien zuerkennt und ihm das Land mit Ausnahme eines Hafens am Ägäischen Meer, der Bulgarien zugesprochen wird, zuteilen will.